

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 52

Köln, den 23. Dezember 1932

33. Jahrg.

Zum Fest des Friedens.

Festtagsglocken klingen. Weihnacht, das Fest des Friedens und der Freude im Notjahr 1932. Den Klang der Glocken hören wir nicht mehr mit von Sehnsucht und Erwartung erfüllten Herzen, wie in Kindertagen. Ernster drückt uns der Ton; Mahnung und Aufruf zugleich. Tannengrün und Lichterglanz, Symbole der Hoffnung und des Glaubens gehören zu diesem christlichen Feste. Und Liebe und Güte, Friede und guter Wille, die gar so selten wurden in der Welt.

Hart schüttelte das Schicksal unser Volk in diesem verfloßenen Jahre. Die Armut machte sich erschreckend breit in deutschen Gauen. Not und Elend sind in Hütten und Massenquartieren unheimliche Dauergäste geworden. Das graue Gespenst der Arbeitslosigkeit zu bannen, gelang auch in diesem Jahre nicht. Millionen deutscher Menschen und Familien seufzen immer noch unter der Not unfreiwilliger Arbeitslosigkeit. Armut und Not drangen auch in die Massen der Beschäftigten. Brutale Herrenwillkür nutzte die Gelegenheit, lang aufgespeicherten Haß und Groll gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen auszutoben. Der Begriff „Soziale Gerechtigkeit“ geriet in Derruf und wurde zum alten Eisen geworfen. Neue Männer versuchten ein neues System zu errichten, dessen Grundzüge die Arbeiterschaft gar bald erkannte und gebührend einzuschätzen wußte. Das Ringen um die bescheidene Existenz wurde so außerordentlich schwer und widrige Umstände gestatteten nur selten oder einen nur vorsichtigen Gebrauch der immer noch vorhandenen eigenen Kraft.

Die Hoffnung, daß im Verlauf des Jahres ein Lichtblick die Besserung der Wirtschaftslage erkennen lasse, daß es gelingen werde, einen Anfang mit der Beseitigung der allgemeinen Not zu machen, hat sich nicht erfüllt. Wieviel Mut und Selbstvertrauen dadurch vernichtet wurden, vermag man nur zu ahnen. Nicht nur der Glaube an die eigene Kraft erfuhr bei vielen eine außerordentliche Belastungsprobe, auch der Glaube an die Gesellschaft, an die Menschheit, den Staat, wurde auf das schwerste erschüttert. Noch schlimmer muß sich für die Zukunft der Verlust des eigenen Wertbewußtseins der vielen Menschen, die nur noch einen Trümmerhaufen zerschellter Hoffnungen und des Glaubens vor sich sehen, auswirken. So ist es erklärlich, wenn Freude und Friede am Weihnachtsfeste 1932 recht seltene Gäste im deutschen Lande wurden.

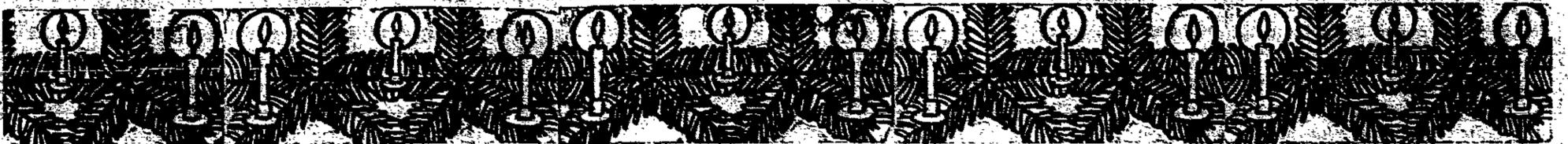
Trotz alledem: Glauben und Zuversicht behalten wir und lassen uns nicht entmutigen. Verstehen wir den Klang der Festtagsglocken und der Weihnachtsbotschaft recht und handeln wir danach. Das tiefe Geheimnis dieses Festes ist Erlösung. Dieser Klang hängt hoch in den Lüften. Wer hätte ein größeres Recht auf Sehnsucht nach Erlösung wie die Arbeiterschaft? Mächtig zittert diese Sehnsucht in den Seelen unserer Menschen. Aus ihr schöpfen sie ihre Kraft. Wir wissen, daß

echtes Christentum kein in Seligkeit ertränktes Paradies ist. Christentum der Tat ist Kampf, Waffengang mit den widerstrebenden und gegnerischen Kräften, ist ein Aufbegehren gegen Unrecht und Ungerechtigkeit, ist ein Sturm der Herzen. Der Weg, den wir als christliche Arbeiterschaft zu gehen haben, ist nicht eben und glatt, kein angenehmer Spaziergang, sondern steil und schwer. Unser Ziel ist, christliche Grundsätze in Staat und Wirtschaft durchzusetzen. Das ist der Richtblick unseres Kompasses, so die Stellung des Steuers auf dem großen Weg. Ein Weg fürwahr über berghohe Hindernisse, über aufgewühlte, stürzende Seen.

Sind unsere Menschen bereit den Weg zu gehen, den die Pflicht verlangt? Wir glauben die Frage bejahen zu müssen und aus der Geschichte unserer Bewegung beweisen zu können, daß dieser Weg eingehalten wurde. Die Existenz der christlichen Arbeiterbewegung ist Zeuge dafür, daß Ideale Begeisterung in der Arbeiterschaft auszulösen vermögen; daß die christliche Arbeiterschaft bereit war und ist, für ihre Überzeugung, für ihren Glauben größte Opfer zu bringen. Nur dadurch gelang es, den stolzen Bau der Bewegung zu errichten und zu erhalten. Nicht einen Bau aus Stein, nach den kunstvollen Gesetzen der Architektonik. Aber errichtet aus Blut und Hirn und Menschenschicksal! Und darin lebt und webt, dröhnt und wuchert der Wille und das Wollen Hunderttausender, die eine Zuständereform in christlichem Sinne erstreben, wirken und schaffen tausende Bauleute der Dollendung entgegen.

Werken und schaffen! Die Not der Zeit ließ zwar diesen und jenen müde werden und teilnahmslos. Die Not zerbrach auch hier viel gesunde Kraft und ehrliches Streben. Setzte den Zweifel oft an die Stelle des Glaubens und der Überzeugung. Und doch gibt es dagegen ein vortreffliches Mittel: Unentwegte, nie erlahmende Arbeit aus dem Glauben! Nur solche Arbeit vermag über Krisenzeiten hinwegzuhelfen, gibt trotz harter Schicksalsschläge innere Ruhe und notwendigen Gleichmut. Auch der Weg der Arbeiterschaft führt über Höhen und Tiefen. Stürmischem Vorwärtsdrängen stellen sich Hindernisse in den Weg, der Aktion folgt gern die Reaktion. Das alles aber kann und darf zu keiner Entmutigung führen, sondern muß und soll unsere Kraft stählen, unseren Eifer beflügeln und die Hingabe an unser Volk und unsere Aufgabe fördern.

So mag uns der Sinn der Weihnacht 1932 aufgehen. Kein Rekord, keine Technik wird uns erlösen, wenn wir nicht selbst die notwendigen Voraussetzungen zu unserer Erlösung schaffen. Bestimmung auf uns selbst, auf unser Wollen, unsere Kraft, unsere Pflicht, ist sicher nicht die schlechteste Weihnachtsfeier. Und lassen wir der gewonnenen Erkenntnis die Tat folgen, dann leisten wir wertvollste Arbeit zum Aufstieg unseres Standes und Landes.



Bilanz und Erbschaft.

Die Cränen über den Rücktritt der Regierung Papen dürften recht gering an Zahl gewesen sein. Auch das Bedauern darüber, daß nun eine „große Mission“ unerfüllt bleiben mußte, ist nicht sonderlich groß gewesen. Nur einzelne Kreise, Feudalherren, Prinzen und Unternehmer, mögen untröstlich sein, daß ihre Hoffnungen jähendeten, und werden die Ankurbelung ihrer eignen Finanzen bitter vermissen. Das übrige deutsche Volk aber, die überwältigende Mehrheit also, sah in dem Rücktritt des Kanzlers v. Papen kein Unglück, sondern fühlte sich erleichtert und am Ende bedenklicher Experimente. Unmut und Mißtrauen gegen die Regierungskünste des Papenregimes waren geweckt und genährt durch den offensichtlichen Versuch, das Volk politisch und wirtschaftlich zu entrechteten und zum Spielball einer Herrenkaste und deren Interessen zu machen. Bezeichnend ist auch, daß selbst die Börse, die den Amtsantritt Papens mit einer Haussebewegung feierte, das Ende seines Kanzleramtes kaum vermerkte.

Als Lehre für die Zukunft ist es notwendig, die Bilanz des Papenschen Regimes klar zu ziehen und sie dem Volke vertraut zu machen. Nicht nur deshalb, weil die Art und Richtung der politischen und wirtschaftlichen Einstellung dieser Regierung beispiellos in der neuen Geschichte Deutschlands war. Um etwas Ähnliches zu finden, muß man in der Geschichte nachsuchen und weit zurückblättern. Auch im deutschen Bürgertum wird man in den wenigen Monaten des „autoritären Regimes“ erkannt haben, wie gefährlich gerade für die Wirtschaft eine unkontrollierte, vom Parlament unabhängige Diktatur in Wirklichkeit ist. Denn dem Jubel über den Freiherren-optimismus, von dem zunächst auch weite Teile des Bürgertums angesteckt waren, ist der Kagenjammer unmittelbar auf dem Fuße gefolgt. Keine parlamentarische Regierung hat je mit solchem Dilettantismus die schwierigsten Wirtschaftsprobleme behandelt, keine hat mit solchem spekulativen Leichtsinne die Finanzwirtschaft und damit die Existenzgrundlagen der Wirtschaft in Gefahr gebracht, wie diese Regierung. Es ist verständlich, daß man in der Hast der politischen Geschehnisse der letzten Wochen nicht die Zeit fand, um all die „Taten“ der letzten sieben Monate so zu würdigen, wie es für die nächste und weitere Zukunft notwendig ist. Im Interesse des Volkes, besonders der Arbeiterschaft darf das aber nicht versäumt werden. Das wahre Gesicht der Diktatur läßt sich nicht besser demonstrieren als an diesem Musterbeispiel.

Am Anfange der Regierung v. Papen stand das große Wort, die Regierungserklärung, in der unter Berufung auf die „Verantwortung vor Gott und der Nation“ das Aufräumen mit dem System des Staatssozialismus und die Beseitigung des „Wohlfahrtsstaates“ proklamiert wurde. Zum ersten Male in der parlamentarischen Geschichte der Nachkriegszeit wurde in dieser Regierungserklärung das soziale Wollen der früheren Regierungen als staats- und volksfeindlich, als Grundübel für unsere Wirtschaft dargestellt und in Derruf gebracht. „Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt.“ Das wagte die Regierung am 4. Juni ds. Js. einem Volke zu sagen, welches in seinen großen Massen seit Jahren buchstäblich Hunger und Not leiden mußte; solche Vorwürfe glaubte man den früheren Reichsregierungen machen zu dürfen, welche doch nichts anderes getan und gewollt hatten, als die unschuldig Arbeitslosen vor dem Hungertode zu schützen. Diese Worte waren das Signal zu den Taten, die dann Schlag auf Schlag folgten, nachdem das einzige Hindernis, der Reichstag, weggesetzt und aufgelöst war. Er ist nicht notwendig, all die Klagen-ette im einzelnen wiederzugeben, sie stehen bei jedem einzelnen noch in jener herrlichen Erinnerung. Wir können uns auf die wichtigsten wirtschaftlichen Experimente beschränken.

Auch auf diesem Gebiete begannen die Regierungsgeschäfte mit einer falschen Bilanz. Um das Einzigartige der gewaltigen Aufgaben herauszustreichen, hieß es in der schon einmal genannten Regierungserklärung vom 4. Juni: „Die Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen. Die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preußens und der Mehrzahl aller anderen Länder sind erschüttert. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen — Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung des staatlichen Lebens an die Armut der Nation — ist über schwache Ansätze hinausgekommen. Die Sozialversicherungen stehen vor dem Bankerott. Die ständig gewachsene Arbeitslosigkeit zehrt trotz allen Arbeitswillens der besten Kräfte am Marke des deutschen Volkes.“ Wenn der damalige Reichskanzler aus seinem Messiasbewußtsein heraus das Erbe Brünnings in einem solchen Zerrbilde sah, so ist das zunächst zweifellos Ansichtssache. Die Tatsachen standen derartigen Feststellungen direkt entgegen. Auch heute ist es noch nicht vergessen, daß Brüning in den zwei Jahren seiner Regierung trotz zunehmender Wirtschaftsnot alles getan hat, um die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu halten, die öffentlichen Ausgaben herabzusetzen, die Sozialversicherungen über die Krisenzeit hinwegzubringen. Bis zum Juni war der Reichsetat ausgeglichen; für den neuen Etat waren alle Vorbereitungen getroffen; die Sozialversicherungen sollten neue Einnahmen erhalten und dadurch wieder leistungskräftig gemacht werden. In dieser Arbeit wurde Brüning bekanntlich „hundert Meter vor dem Ziele“ durch die Hintertreppenpolitik des Herrenklubs gestört. Er hat dem Reichskanzler v. Papen eine Finanz- und Sozialwirtschaft hinterlassen, wie sie den Umständen entsprechend besser nicht sein konnte. Mit diesem Erbe konnte die damalige Reichsregierung wirtschaften, mußte sie nach der Lausanner Reparationsregelung erfolgreich gegen die Arbeitslosigkeit vorstoßen können. Das ist aber im Gegensatz zu den Versicherungen der Regierungserklärung nicht geschehen. Es ist nicht geschehen, weil v. Papen auch hier glaubte, einen neuen Weg gehen zu können.

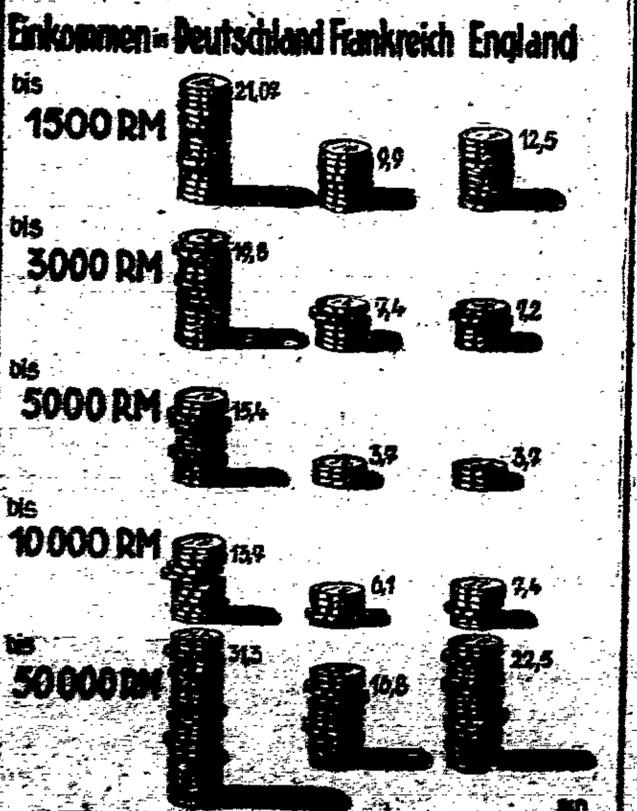
In der Kundgebung zur Notverordnung vom 14. Juli, welche den Arbeitermassen bekanntlich neben den Unterstützungskürzungen gewaltige Steuerbelastungen brachte, hieß es wegweisend, „daß die Regierung nicht die Absicht habe, den Weg der Erschließung neuer Einnahmequellen in Zukunft weiter zu beschreiten. Ihr Ziel sei, die deutsche Wirtschaft vernunftgemäß unter Ausschaltung künstlicher Experimente neu zu befruchten“. An dieser Absicht, keine neuen Steuerlasten zu schaffen, hat die Reichsregierung bis zu ihrem Ende festgehalten, nachdem sie mit der genannten Notverordnung

das Letzte aus den Massen des Volkes herausgequetscht hatte. Ein jeder von uns spürt noch heute die Wirkungen der Rentenkürzungen, der Beschäftigungs- und Salz-Steuer usw. täglich am eigenen Leibe. Nachdem dies geschehen war, hat man sich um die Finanzen nicht mehr gekümmert. Mit dem Erfolge, daß jetzt wieder einmal Milliardenfehlbeträge in die Erscheinung getreten sind und in absehbarer Zeit gedeckt werden müssen.

Damals jubelte die Wirtschaft der Reichsregierung zu, welche als erste seit vielen Jahren ohne neue Steuern oder Steuererhöhungen auszukommen versprach. Es wird nicht lange dauern, dann wird auch die Wirtschaft mit entgegengesetzten Gefühlen an diese „guten Zeiten“ zurückdenken. Die Hinterlassenschaft der Papenschen Regierung wird dem jetzigen und allen späteren Finanzministern noch große Kopfschmerzen machen. Ob es bei zunehmendem Wirtschaftsrückgang überhaupt noch möglich ist, die Folgen der finanziellen Sorglosigkeit wieder zu beseitigen, scheint heute noch zweifelhaft. Es wäre richtig, wenn die neue Regierung an den Anfang ihrer Regierungserklärung den Vorwurf setzte, den Papen seinen Vorgängern machte. Denn jetzt sind die öffentlichen Finanzen wirklich erschüttert.

Die Belastung des Einkommens

Belastung durch direkte und indirekte Steuern Sozialabgaben in % des Einkommens eines Verheirateten mit 2 Kindern.



In der Kundgebung zur ersten Notverordnung vom 14. Juni hieß es weiter, die Regierung wolle die deutsche Wirtschaft „vernunftgemäß, unter Ausschaltung künstlicher Experimente neu befruchten.“ Heute wissen wir, auf welchem Wege diese Befruchtung erfolgt ist. Man muß das Wirtschaftsprogramm, den sogenannten „Ankurbelungsplan“ in seinen drei Etappen verfolgen, um seine Art und Richtung zu verstehen. Die erste Etappe begann mit der Notverordnung vom 14. Juni. Hier wurden die Arbeitslosen- und sonstige Sozialunterstützungen auf Hunger- und Elendsätze heruntergedrückt, wurden den Arbeitern und Angestellten neue Steuerlasten aufgebald. Das alles geschah nicht nur zum Ausgleich des Stats, sondern in der Hauptsache, um die Wirtschaft zu entlasten, um dem Staate seinen Anstrich als Wohlfahrtsanstalt zu nehmen. Mit der bekannten Münsterschen Rede begann die zweite Etappe: Industrie, Banken und Handel erhielten als Wechsel auf eine bessere Zukunft Steuergutscheine für die wichtigsten ihrer Steuern. Dazu versprach man ihnen bei Mehrbeschäftigung Prämien und Lohnsenkungen neben besonderen Subventionen für bestimmte Zwecke. Mehr als zwei Milliarden standen dafür mit einem Schlage zur Verfügung. In Münster versprach sich der Reichskanzler von seinem „konstruktiven Aufbauplan“ auch eine indirekte Weiterwirkung auf die Arbeiter und Angestellten. 1½ Millionen sollten in kurzer Zeit wieder Arbeit finden, sollten mit ihrer steigenden Kaufkraft weiteren Arbeitermassen neue Erwerbsmöglichkeiten bringen. Unter diesem Deckmantel wurden Hunderte von Millionen ausgegeben. Die Unternehmer erhielten Steuergutscheine und Lohnsenkungen; die Arbeiter warten aber noch heute auf Beschäftigung. Schon jetzt muß Reichsbankpräsident Luther zugeben, daß sich die Erwartungen nicht erfüllt haben, daß die Spekulation auf die Privatinitiative nicht zu einer fühlbaren Wirtschaftsbelebung ausreicht. Mit der neuen Regierung erwartet man wieder eine Rückkehr zu den alten Grundsätzen der öffentlichen Arbeitsbeschaffung. Das ist richtig; aber Hunderte von Millionen sind nutzlos vertan, stecken in den Geldschränken der Unternehmer, ohne wirksam zu werden.

Die dritte und letzte Etappe des Aufbauplanes wurde eingeleitet mit der Rede des Reichsernährungsministers in München. Auch der Landwirtschaft mußte man einen Platz an der Sonne geben, nachdem sich die Industrie gesund gemacht hatte. Deshalb schenkte man ihr eine allgemeine Zinssenkung in der Gesamthöhe von 250 Millionen Reichsmark, weiter die Sanierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, welche ebensoviel kostete, und versprach ihr die Einfuhrkontingentierung, auf die sie schon lange gewartet hatte. Die finanziellen Geschenke konnten noch verteilt werden. Während der Arbeit an der Einfuhrkontingentierung ist die Regierung Papen dann verschieden. Es ist ein Glück für das ganze Volk, besonders für die Arbeiterschaft, daß der letztgenannte Streich nicht mehr ausgeführt werden konnte. Er wäre das beste Mittel gewesen, um das Volk auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte vollständig zu verelenden.

Daß sich die letzte Reichsregierung beim Ankurbeln alle Glieder verrenkt hat, ist schon lange bekannt. Die letzte „Chance der Privatinitiative“, wie von Papen sein Programm in München nannte, ist ungenutzt erfolglos geblieben. Das einzige, was übrigblieb, ist ein Muß von Not und Elend auf der einen Seite, eine künstliche Bereicherung andererseits. Milliarden sind in weniger als 7 Monaten nutzlos vertan. Das Volk, nicht die Kreise des Herrenklubs, muß darunter leiden. Das Volk muß auch für die traurige Erbschaft einstehen, die soeben hinterlassen wurde. Vor welchen Aufgaben die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik jetzt steht, wird in einem weiteren Aufsatze gezeigt. St.

Lohn- und Tariffbewegung.

Rheingebiet. Am 25. November und 6. Dezember fanden mit dem Arbeitgeberverband für die Holzindustrie und das Holzgewerbe im Rheingebiet Verhandlungen über Abschluß eines neuen Lohnabkommens statt. Sie blieben jedoch ergebnislos, weil die von den Arbeitgebern gestellten Forderungen auf weiteren Lohnabbau von den Berufsverbänden als untragbar abgelehnt werden mußten. Obwohl wir eine Kollektiv-Dereinbarung sowohl für die Arbeitnehmer als auch für das Gewerbe als zweckmäßig und nützlich halten, darf eine solche nicht nur dauernd auf Kosten der Arbeiter gehen. Die Löhne sind bereits so gedrückt, daß eine wei-

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 18. bis 24. Dezember ist der 52. Wochenbeitrag fällig.

Im Interesse unserer Mitglieder machen wir schon jetzt darauf aufmerksam, daß in diesem Jahre 53 Beitragswochen zu verrechnen sind, eine Vorgang, der sich alle sieben Jahre wiederholt. In nächster Woche ist also der 53. Wochenbeitrag fällig.

Einsenden der bis Jahresluß vollgeklebten Mitgliedsbücher.

Alle Mitgliedsbücher, die bis zum Jahresluß vollgeklebt sind, sind ab September in folgender Reihenfolge zum Umtausch nach Köln einzusenden. Aus dem

Gau Berlin und Sachsen vom 15. bis 31. Dezember,

Gau Danzig und Breslau vom 1. bis 15. Januar 1933.

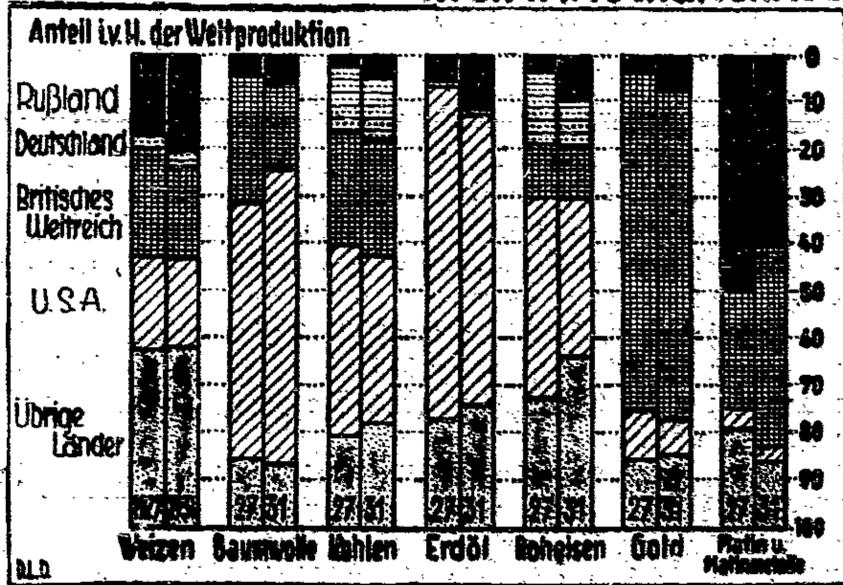
Die Zahlstellenverwaltungen werden gebeten, die Mitgliedsbücher rechtzeitig einzusammeln und nach Köln zu senden, damit der Umtausch in den angegebenen Zeiträumen erfolgen kann.

Das Taschenbuch 1933, von unserem Verbands herausgegeben, kostet nur 0,50 RM. Jeder Verbandskollege sollte dasselbe wegen seines praktischen und wertvollen Inhalts besitzen. Bestellungen durch die Zahlstellen.

tere Senkung untragbar ist; zumal in den verschiedensten Betrieben auch noch kurz gearbeitet wird. Die verschiedensten Arbeitgebergruppen im Rheingebiet stehen sich feindlich und als Konkurrenten gegenüber und bekämpfen sich durch Preisunterbietungen. Durch Lohndruck sollen dann diese verfehlten Maßnahmen wieder ausgeglichen werden. Ob bei den Arbeitgebern die bessere Einsicht bald einkehrt, und ob es nach Weihnachten zu erneuten Verhandlungen und zum Abschluß eines tragbaren Lohnabkommens kommen wird, muß abgewartet werden.

Rundschau.

Die Verteilung der Weltproduktion vor und nach der Weltwirtschaftskrise



Starke Verschiebung in der prozentualen Verteilung der Weltproduktion.

Die Weltwirtschaftskrise brachte in der Verteilung der Weltproduktion auf die wichtigsten Staaten eine ganz beträchtliche Verschiebung. Zunächst ist auffallend, daß Rußland nach den Angaben der Statistik der Sowjet-Regierung seinen Anteil an der Weltproduktion in fast allen Produkten etwas steigern konnte. Meistens wurde dadurch der Produktionsanteil des Britischen Weltreiches oder der Vereinigten Staaten, bei Rohstoffen der Anteil Deutschlands etwas geringer. Neben Rußland bringen die kleineren Staaten Südamerikas und Europas immer mehr vor und streben die Selbstversorgung in Industrieerzeugnissen an. Bei der Produktion von Platin und Platinmetalle wurde in den letzten Jahren der Anteil des Bri-

tischen Weltreiches von 25 Prozent auf 43 Prozent gesteigert, und zwar durch Funde in der Südafrikanischen Union und in Kanada. Dadurch ist der Anteil Rußlands trotz einer 20prozentigen Steigerung der Produktion von 50 Prozent der Weltproduktion auf 40 Prozent zurückgegangen.

Notstandsgebiete — Notstandshilfen. Forstbesitzer Draufgänger und Ulanenschnaid wollte bekanntlich den „Wohlfahrtsstaat“ beseitigen. Auf der anderen Seite aber war dieselbe Regierung rührend bemüht, der Not in bestimmter Gegenden und Bevölkerungsschichten abzuhelfen. Aus diesem Grunde wurde die Osthilfe eingerichtet und in ihrem Rahmen der ostdeutschen Landwirtschaft einige hundert Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt. Bei der Grenzziehung ist man nicht kleinlich verfahren und hat die Osthilfe stark nach der Mitte hin und weiter westlich ausgedehnt. Bemühungen um eine entsprechende Westhilfe werden schon lange eifrig verfolgt. Auch verlangt der deutsche Süden seinen Anteil am allgemeinen Segen. Die oberbayerischen Bauern fordern „eine durchgreifende Südhilfe ähnlich der Osthilfe“.

Wenn das so weiter geht — — — dann ist gar bald das ganze Reich zum Notstandsgebiet, aber nur für bestimmte Bevölkerungsteile erklärt. Wir haben uns wiederholt gegen Subventionen erklärt und erklären wieder einmal, daß wir diese Art der Hilfe für falsch halten. Zuwendungen solcher Art werden immer aus Mitteln der Allgemeinheit gewährt. Angesichts der weiteren Ausdehnung der Notstandsbezirke aber bleibt als Allgemeinheit nicht mehr viel übrig. Das sind dann nur noch wenige Industriebezirke und Städte. Diese aber hätten viel eher Grund zu fordern, als Notstandsgebiete erklärt zu werden. In diesen Bezirken ist das Elend tatsächlich zu Hause, denn hier leben in der Hauptsache die Massen der Arbeitslosen. Letzteren kürzt man die kargen Unterstützungen oder versagt sie ihnen ganz, und trotzdem wissen die Behörden kaum, woher die notwendigen Mittel genommen werden sollen, um den Hunger und die ärgste Not zu lindern. Woher angesichts dieser Lage die Mittel noch kommen sollen für weitere Subventionen, ist unerfindlich.

Es wäre Zeit, daß die Regierung schnell und endgültig Schluß mit ihren Ost-, West- oder Südhilfen mache und den Kreisen, die es angeht, deutlich und unmißverständlich bedeutet, daß die Not in Deutschland ganz allgemein und unter der Arbeiterbevölkerung um vieles größer ist als in anderen Kreisen. Ob hier aber ebensoviel Schneid und Mut aufgebracht wird wie gegen die Arbeiterschaft, kann füglich bezweifelt werden. Und doch muß und wird die Einsicht wachsen, daß die Not der Arbeiter die Hauptursache für die Not der anderen ist. Erst wenn von solcher Erkenntnis diktierte Maßnahmen ergriffen werden, wird eine Beseitigung der allgemeinen Not gelingen.

Beiträge — Beiträge! Das ist schon für manchen Arbeiter Grund genug, dem Berufsverband den Rücken zu kehren, weil der Verband Beiträge verlangt. Für den Kegelklub, Sportverein und wer weiß sonst welche Vereine und Vereinen ist der Beitrag selbstverständlich. Aber daß der Berufsverband auch Beiträge erhebt, ist doch unerhört.

Das sind jedoch noch nicht einmal die schlimmsten Vorwürfe und Erwägungen, die bei dem Kapitel Beiträge heute kolportiert werden. Der Kampf um die Gewerkschaftsbeiträge zeitigt viel tollere Blüten und ist sehr aktuell.

Besonders die Unternehmerpresse versucht des öfteren in der Öffentlichkeit die Belastung der Arbeitnehmer durch die Gewerkschaftsbeiträge zum Kampf gegen die Gewerkschaften zu verwerten. In Wirklichkeit sind aber die Gewerkschaftsbeiträge nur äußerst gering im Vergleich zu dem, was die Wirtschaft an Beiträgen zu allen möglichen Organisationen und Einrichtungen aufbringt. Dazu kommen noch die vielen Geheimfonds, über deren Verwendung die Öffentlichkeit nur ab und zu etwas erfährt.

Über die Beiträge, die zu den Industrie- und Handelskammern von den zur Kammer gehörenden Firmen aufgebracht werden, enthält das Jahrbuch der Industrie- und Handelskammern für das Jahr 1928/29 folgende Angaben. Es betrug der Beitrag je Firma bei den Handelskammern Stettin 61,88 RM, Berlin 64,38 RM, Hannover 84,74 RM, Chemnitz 95,45 RM, Köln 100,41 RM, Solingen 103,94 RM und Breslau 113,06 RM im Jahr. Das gesamte Beitragsaufkommen betrug in Solingen 191.050 RM, Stettin 249.728 RM, Chemnitz 355.109 RM, Duisburg-Wesel 378.401 RM, Hannover

470.029 RM, Köln 498.860 RM, Breslau 595.933 RM und im Bereiche der Kammer Berlin 2.550.919 RM. Im Jahre 1931 berichtete ein der Ruhrindustrie sehr nahestehendes Blatt, daß ein Unternehmer für 18 (achtzehn!) verschiedene Einrichtungen und Organisationen Beiträge gezahlt habe. Daraus ergibt sich also, welche gewaltige Summen die Unternehmer für ihre Organisationen aufbringen. Den Arbeitnehmern verdenken sie es aber, wenn diese unter den größten Opfern ihre Organisationen schlagkräftig zu erhalten suchen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Diersen. Infolge der äußerst schlechten Wirtschaftslage in Diersen und besonders im Holzgewerbe steht es hier am Orte mit der gewerkschaftlichen Tätigkeit nicht vom besten. Die drückende Not, die Existenzfrage ist auch hier wie allerorts das erste Problem. Daß es in solchen Zeiten für die Gewerkschaftsbewegung schwer hält, sich durchzusetzen, ist leicht erklärlich. Und doch dürfen diese Zeiten nicht dazu angetan sein, ratlos beiseite zu stehen. Von diesem Gedanken bewegt rief der Vorstand der Zahlstelle Diersen die Mitglieder mit ihren Angehörigen zu einer kleinen Familienfeier und Jubilarfeier zusammen.

So konnte dann am Samstag, den 3. Dezember, der Vorsitzende unserer Zahlstelle, Kollege Maagen, eine stattliche Zahl Mitglieder mit ihren Angehörigen begrüßen. Galt es doch, die beiden Kollegen Frieten und Franken gebührend zu ehren für ihre 25jährige Mitgliedschaft innerhalb unseres Verbandes. Mit Gedichten, Liedern und Musik wurde der Abend verschönert. Gauleiter Kollege Werder ehrte in einer sinnvollen Ansprache die Verdienste der beiden Jubilare und zeigte in großen Umrissen den Kampf der deutschen Arbeiterschaft von der Jahrhundertwende bis heute. Die Jubilare unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung haben in diesem Kampfe durch ihre 25jährige Mitarbeit mit in vorderster Front gestanden. Darum sei es Bedürfnis, diese Kollegen für ihre treue Mitgliedschaft zu ehren. Kollege Werder überbrachte die Glückwünsche des Zentralvorstandes und überreichte den Jubilaren das Diplom und die Silbernadel. Anschließend folgten die Gratulationen des Kollegen Maagen als Vorsitzender der Zahlstelle sowie der andern örtlichen Berufsverbände. Kartellsekretär Gebauer, Gladbach-Rheindt, überbrachte die Glückwünsche des Gesamtverbandes und überreichte das Diplom des Gesamtverbandes mit Silbernadel. Auch er freute sich, alte Kollegen gebührend ehren zu können, die ein Vierteljahrhundert lang unermüdet gekämpft haben für die Belange der christlichen Arbeiterschaft. Nach einem sinnvollen Gedicht dankte der Kollege Frieten im Namen beider Jubilare für die Ehrung und versprach, auch weiterhin treu zu unserem Verbands wie auch zur christlichen Gewerkschaftsbewegung zu stehen.

Nach der offiziellen Feier blieb man noch einige Stunden gemütlich beisammen. Das war wirklich noch einmal ein gemütliches Stündchen gegenüber den Sorgen und Mühen des Alltags. Sicherlich wird dieser Abend mit dazu beitragen, das Band der Geschlossenheit und der Treue unter den Kollegen fester zu knüpfen. Gerade jetzt gilt es durchzuhalten. Wer jetzt mit seinen Berufskollegen Treue um Treue hält, der erfüllt seine Mission in der deutschen Arbeiterbewegung. Dies mögen auch die Diersener Kollegen bedenken.

—Co—

1933 — Der Bezugspreis ist ermäßigt
auf 1,50 RM für das Vierteljahr.

Bestellt darum sofort bei der Geschäftsstelle
Köln, Venloerwall 9 — Postscheck: Köln 62901

Die Handwerkskunst im Holzgewerbe

Intarsien aller Art Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken.
E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Venloer Wall 9. Telefonruf West 51546. — Redaktionsschluss im Samstag-Mittag.
Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von RM. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 7718 Köln.